

LANDKREIS



 **MARBURG
BIEDENKOPF**

NEUJAHRSPREDE VON LANDRAT JENS WOMELSDORF

gehalten beim Neujahrsempfang des Landkreises Marburg-Biedenkopf
am 25. Januar 2025 bei der Firma Elkamet in Dautphetal-Friedensdorf

SPERRFRIST: BEGINN DER REDE

Es gilt das gesprochene Wort!

Neujahrsrede 2025

„Demokratie erfordert, dass wir mit dem langsamen, mühsamen Prozess des Bauens arbeiten, anstatt dem einfachen Weg der Zerstörung zu folgen.“

Barack Obama, 21.04.2022 an der Stanford University

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream,
liebe Gäste,

das war ein interessanter und informativer Einstieg in diesen Abend. In den letzten Jahren haben wir für die Neujahrsempfänge des Landkreises nicht nur eigene Liegenschaften genutzt, sondern auch Räume des Rettungsdienstes Mittelhessen oder den Marburger Lokschuppen. Heute also den Produktionsstandort eines Unternehmens im Hinterland. Auch dies dokumentiert die Vielfalt unserer Gesellschaft.

Liebe Gäste,

ich begrüße Sie heute auch im Namen unseres neuen Ersten Kreisbeigeordneten Peter Neidel und im Namen des gesamten Kreisausschusses beim diesjährigen Neujahrsempfang des Landkreises Marburg-Biedenkopf.

Wie bereits eingeführt, sind wir heute Abend an einem besonderen Ort. Ich danke dem geschäftsführenden Gesellschafter des Unternehmens Elkamet, Eberhard Flammer, dafür, dass wir an diesem Ort der Arbeit den Neujahrsempfang durchführen dürfen.

Dieser Ort steht sowohl für den Wandel als auch die Stärke der Industrie im Hinterland – aber auch die Prägung unserer Industrieregion insgesamt. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen intensiven Diskussionen über den Industriestandort Deutschland ist es klug sich zu vergegenwärtigen, dass der Landkreis Marburg-Biedenkopf als Region eine der höchsten Industriedichten in Europa hat. Basis dafür sind vor allem die vielen qualifizierten und in der Region fest verankerten Mitarbeitenden. Gerade vor diesem Hintergrund fand ich es gut und sympathisch, dass der vorhin gezeigte Film vor allem auf die Mitarbeitenden und die Themen Ausbildung und Qualifizierung setzte.

Einstmals war dies das Lahnwerk des internationalen Unternehmens Johnson Controls. Die Schließung war dramatisch und der Standort wurde stillgelegt. Vor einiger Zeit wurde diese Halle nun von Elkamet übernommen und modernisiert.

Und zu dieser Halle habe ich einen persönlichen Bezug, da ich vor etlichen Jahren, lange vor Einführung des Mindestlohns, als Zeitarbeiter in der Endkontrolle bei Johnson Controls genau in dieser Halle gestanden habe.

So wandelt sich die Zeit. Ich bin kein Zeitarbeiter mehr, die Halle wurde einer neuen Nutzung zugeführt und der Mindestlohn ist mittlerweile ein anerkanntes Instrument der sozialen Absicherung, das hoffentlich auch nach der kommenden Bundestagswahl weiterentwickelt wird – mit zugleich starken Tarifpartnern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich verzichte auch in diesem Jahr auf die Begrüßung einzelner Gäste. Dennoch möchte ich zum einen sagen, dass ich mich über Ihr Kommen sehr freue. Zum anderen möchte ich „Danke“ sagen.

Denn wie in den Jahren zuvor haben wir zu unserem Neujahrsempfang viele Menschen eingeladen, die sich an den unterschiedlichsten Stellen in und für unsere Gesellschaft engagieren – im Ehrenamt, als Unternehmerin oder Unternehmer, als Übungsleiterin oder Kreislandwirt. Mein besonderer Dank gilt in diesem Jahr aber all jenen, die sich im Kreistag, in den Kreiskommunen, im Land- und im Bundestag im Haupt- oder Ehrenamt politisch engagieren.

Generell werde ich versuchen, meine Rede in einem angemessenen Umfang zu halten, damit mehr Zeit für den gemeinsamen persönlichen Austausch verbleibt. Zu Ihrer Information finden Sie zudem auf den Tischen ein Programm des heutigen Abends.

„Demokratie erfordert, dass wir mit dem langsamen, mühsamen Prozess des Bauens arbeiten, anstatt dem einfachen Weg der Zerstörung zu folgen.“

Dies hat der ehemalige amerikanische Präsident Barack Obama gesagt und dieses Zitat möchte ich zum Einstieg wählen, denn dieser von Obama benannte mühsame Prozess ist genau das, was immer wieder von Populisten und Populistinnen sowie Demokratiefeinden genutzt wird, um unsere Demokratie verächtlich zu machen und als dysfunktional darzustellen. Nämlich, dass die in der Demokratie notwendigen Aushandlungsprozesse, die Debatten und der Diskurs, vor allem aber der faire Kompromiss gegen das System der Demokratie selbst sprechen würden. Und dass manches sehr lange in der Umsetzung dauert. Ich halte dies grundlegend für falsch. Der Ausgleich von Interessen, das Lösen komplexer Probleme werden eben im Sinne Obamas nicht ohne diese komplexen Aushandlungsprozesse funktionieren.

Hinter uns liegt ein Jahr, das mit den Protesten gegen den Begriff Remigration und das dahinterstehende menschenverachtende Gedankenmodell auch in Marburg-Biedenkopf begann. Ich selbst war in Marburg, Gladenbach und Neustadt bei Demonstrationen dabei, in Wetter und an anderen Orten gab es weitere Veranstaltungen. Das Jahr endete mit dem Ende der Ampelkoalition. Das Jahr 2025 beginnt nun mit der anstehenden Neuwahl des Bundestages. Dies wird nicht die einzige Herausforderung 2025 sein. Aber ich bitte darum, diese Bundestagswahl auch als einen Akt gelebter Demokratie zu verstehen.

Liebe Gäste,

das Privileg des Gastgebers ist, dass man seine Rede auch nutzen kann, um Dinge zu sagen, die vielleicht nicht alle hören wollen. Diese Chance möchte ich gleich einmal nutzen:

Als Dezernent bin ich auch zuständig für die Ausländerbehörde. Ein Bereich, in dem sehr engagierte Mitarbeitende unter großen menschlichen, fachlichen und juristischen Herausforderungen versuchen, all den Anforderungen sowohl unserer Kundinnen und Kunden aber z. B. auch von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, die dringend ausländische Arbeitskräfte benötigen, gerecht zu werden.

Selbstverständlich ist für mich, dass diejenigen, die gegen Gesetze verstoßen, dafür belangt werden müssen. Und zwar unabhängig davon, ob man einen Migrationshintergrund hat, als Flüchtling nach Deutschland gekommen ist und aufgenommen wurde oder nicht.

Im Bundestagswahlkampf jedoch in einen politischen Überbietungswettbewerb einzusteigen und deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit dem Entzug ihrer Staatsbürgerschaft zu bedrohen, ist Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremisten und vor dem Hintergrund unserer Geschichte der falsche Weg. Und Artikel 16 des Grundgesetzes ist hier aus historischer Erfahrung sehr klar!

Ebenso beobachte ich vermehrt, dass Dinge gesagt werden, die so ja eigentlich nicht gemeint waren. Oder Begriffe übernommen werden, deren tiefere Bedeutung man nicht hinterfragt hat. So leisten politische Kräfte, die Säulen unserer Demokratie sind, ihren Beitrag dazu, den Diskurs zu verschieben. Und schaden letztlich Demokratie und Parlamenten.

Liebe Gäste,

dass wir eine vorgezogene Neuwahl haben, ist tragisch. Und das sage ich Ihnen nicht als jemand, der ein Parteibuch hat. Tragisch ist es, weil wir in den vergangenen Jahren in vielen westlichen Ländern eine steigende Instabilität von Regierungen, von politischen Mehrheiten, feststellen. Gekoppelt mit dem stetigen Einflussgewinn von Populisten und Populistinnen sowie Antidemokraten und Antidemokratinnen. Genau deshalb ist es so tragisch, dass das Jahr 2024 viele bedenkliche Entwicklungen auch in Deutschland bestätigt hat.

„Demokratie braucht Demokraten“ hat bereits Friedrich Ebert formuliert, und wir haben es zusehends mit Akteuren zu tun, die genau diese Demokratie beschädigen wollen.

Unsere Demokratie steht aber nicht nur im Inneren vor großen Herausforderungen. Auch Akteure von außen setzen unsere Demokratie immer mehr unter Druck. Russland beeinflusst den Diskurs in Deutschland auf verschiedenen Wegen und versucht, die Bundestagswahl zu beeinflussen. Putin profitiert von der Schwächung gerade der benachbarten europäischen Demokratien, die ja genau das Modell sind, welches er mit seinem Angriffskrieg in der Ukraine bekämpft. Im Grunde bekämpft er die Gefahr eines in die EU und NATO eingebundenen demokratischen Nachbarlandes. Einer Ukraine, die Teil der demokratischen Staaten-Gemeinschaft ist und oligarchische und autokratische Strukturen, die von der Unfreiheit des eigenen Volkes leben, bedroht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Am 23. Februar findet also die Bundestagswahl statt und ich wünsche mir vor allem eine hohe Wahlbeteiligung und einen starken Block demokratischer Parteien, die wirkliches Interesse an unserer Demokratie und den Stärken unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung haben.

Die Verantwortung übernehmen in einer Zeit, die ja nicht nur einer „Zeitenwende“ unterworfen ist, sondern eben ganz vielen weiteren großen Herausforderungen: Klimawandel, Globalisierung, Digitalisierung, um nur einige Dinge zu nennen, die eine vielschichtige Komplexität haben und viel für unser aller Leben bedeuten.

Deshalb will ich heute Abend deutlich machen, dass es für mich ein Unding ist, dass Tech-Milliardäre meinen, sich in die demokratischen Prozesse anderer Länder einmischen zu können oder ihre Social Networks für Fakenews, Hetze und Agitation ungeschützt freigeben.

Ich kann es nachvollziehen, wenn sich Institutionen wie die Philipps-Universität oder Bundesministerien von der Plattform „X“ zurückziehen, die sich immer mehr zu einem Teilchenbeschleuniger der Desinformation und des Hasses entwickelt. Gerade für

ihren Eigner Elon Musk. Deshalb: Man muss abwägen, wann und wo man sich präsentiert, auch als Kreisverwaltung. Aber man darf den Hetzern den digitalen Raum auch nicht einfach überlassen.

Deswegen eröffnen wir einen weiteren digitalen Kanal auf WhatsApp. Sie finden auf Ihren Tischen in den Programmen einen Einleger mit einem QR-Code, mit dem Sie sich dafür anmelden können. Weitere digitale Präsenzen und Dienste werden in diesem Jahr folgen.

Hinweisen möchte ich zudem auf die aktuelle Ausgabe unseres Magazins „mein Landkreis“, welches Sie im Eingangsbereich und bei der Garderobe mitnehmen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in der realen Welt treffen wir aktuell ja wieder viele engagierte Ehrenamtliche, die sich mit der Bundestagswahl auf unserer kommunalen Ebene beschäftigen. An Wahlkampfständen, in Gesprächsrunden und an vielen Orten hier im Landkreis. Und unabhängig davon, ob ich deren Ziele und Programme teile, bin ich dankbar für dieses Engagement.

Deutlich sagen möchte ich auch, dass es nicht sein kann, dass Mitglieder demokratischer Parteien Angst davor haben müssen, einen Infostand aufzubauen, weil sie verbale oder körperliche Gewalt fürchten müssen. Was in Berlin, in anderen Städten, zuletzt in Marburg leider der Fall war.

Die andere, anonymere Ebene finden wir in den sozialen Medien.

Gerade hier werden unsere Demokratie und ihre Leistungen immer wieder verächtlich gemacht. Nicht nur die Prozesse, nicht nur die Entscheidungen, sondern eben auch die sich engagierenden Personen.

Und das Gift dieser Angriffe - denn Debatten, Dialog sind es in der Regel ja nicht - zieht sich eben auch bis auf die kommunale Ebene, bis in die kommunalen Hauptämter aber eben auch vermehrt in das kommunale Ehrenamt.

Wenn ein Bundestagsabgeordneter wie Helge Lindh, der gegen Rechtsextremismus klar einsteht, der sich stark in der Migrationspolitik einsetzt, einen Drohbrief des NSU 3.0 bekommt, dem gesagt wird, „nirgends bist du sicher,“ dann sollte uns das nicht nur aufhorchen lassen. Dann sollten wir überall gegen eine Verrohung des Diskurses antreten und eben auch immer wieder klar machen, dass es für komplexe gesellschaftliche Probleme keine einfachen Antworten gibt. Zumindest nicht immer.

Und wir müssen auch begreifen, dass der Verzicht der Bundestagsvize-Präsidentin Yvonne Magwas auf eine erneute Kandidatur, dass der Amtsverzicht eines verdienten Bürgermeisters oder einer ehrenamtlichen Stadtverordneten aufgrund von Bedrohung der Familie, Hetze oder Angriffen auf Büros und Wohnung keine Entscheidung der individuellen Lebensplanung ist, sondern Ausdruck dafür, dass im politischen Diskurs längst etwas aus dem Ruder läuft.

Niemand, auf keiner politischen Ebene, muss Sätze hinnehmen wie die CDU-Politikerin Magwas sie lesen musste: „Gott, segne den Henker der Völkermörderin Yvonne Magwas.“

Und es ist nicht ok, dass viele von uns Sätze, für die es im privaten Bereich sehr viel Widerspruch gäbe, akzeptieren und durchlaufen lassen, wenn sie über engagierte Menschen in der Kommunal-, der Landes- oder Bundespolitik gesagt werden.

Wir sollten aber vielleicht auch aufhören als Gesellschaft immer wieder Dinge aus dem Fokus zu verlieren: der Nationalsozialistische Untergrund - NSU, der Mord an Walter Lübcke oder der Anschlag in Hanau, der fast genau fünf Jahre her ist, sind Ereignisse, die eine gewisse Zeit medial betrachtet werden, dann aber wieder aus dem Auge verloren werden.

Umso mehr ist es auch für mich als Landrat wichtig, immer wieder zu überlegen, wie wir unsere Demokratie stärken können. Das war beim 50-Jährigen unseres Landkreises ja ein Fokus und wird dieses Jahr auch wieder thematisch besetzt werden.

Denn 2025 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 80. Mal. 80 Jahre „Tag der Befreiung“, wie es Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 40sten Jahrestag des Kriegsendes nannte.

Deshalb werden wir bis zum 9. November gemeinsam mit vielen Partner*innen das Projekt „Befreiung 1945. Auf zur Demokratie!“ umsetzen. Es wird Vorträge, Lesungen, Symposien, Erzählcafés, Zeitzeugengespräche zu den Themen Kriegsende, Befreiung und den Folgen von Diktatur und Autokratie sowie die Bedeutung der Demokratie geben. In allen Teilen des Landkreises.

Liebe Gäste,

natürlich wird auch dieses Jahr nicht nur von Erinnerung und Lehren geprägt sein. Obama spricht von mühsamen Prozessen des Bauens und eben nicht des Zerstörens. Mit einem sehr konkreten „mühsamen Prozess des Bauens“ setze ich mich seit Monaten sehr intensiv auseinander. Es geht um das Krankenhaus in Biedenkopf oder besser die Zukunft des Gesundheitsstandorts Biedenkopf. Das ist jetzt kein einfaches Thema, und ich danke Ihnen schon jetzt für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Geduld.

Und an dieser Stelle möchte ich zunächst noch einmal der Belegschaft des Krankenhauses in Biedenkopf meinen herzlichen Dank dafür sagen, dass sie unter der Herausforderung einer Insolvenz ihre wertvolle Arbeit für die Menschen der Region weiter geleistet haben, dem Haus die Treue hielten und halten.

Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Danke aber auch an den Kreisausschuss, die Koalition aus SPD und CDU sowie dem Kreistag, die bisher einen Weg mitgegangen sind, der sicherlich kein einfacher war.

Im Februar 2024 konnten wir zunächst sicherstellen, dass der Landkreis finanziell das angeschlagene Krankenhaus unterstützt. Im Laufe des Jahres wurden viele Gespräche geführt, auch mit Interessenten.

Zum Ende des Jahres wurde dann klar, dass aus Interessenten keine Beteiligten werden würden und dass eine weitere Defizitabdeckung durch den Kreis notwendig sein würde. Deswegen haben wir nun einen Weg eingeschlagen, der das positive Ende der Insolvenz des Krankenhauses bedeuten wird: Wir werden eine Betriebs- und eine Betreibergesellschaft auf den Weg bringen und dann mit einer Interimsbeauftragung eines Dienstleisters den Betrieb sicherstellen. Verbunden mit der parallelen Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes. Mit der festen Absicht, das Krankenhaus auf der Basis eines zukunftssicheren Betreiberkonzepts in einigen Jahren in eine andere Eigentümerstruktur zu überführen.

Dabei finde ich zwei Punkte noch einmal erwähnenswert: Erstens bringt eine Metadebatte über die Krankenhausreform hier vor Ort nichts für die aktuelle Situation. Das DRK-Krankenhaus in Biedenkopf arbeitete bereits vorher unter schwierigen Rahmenbedingungen und organisatorischen Herausforderungen. Was wir brauchen, liebe Landes- und Bundespolitikerinnen und -politiker, ist eine verlässliche Unterstützung dessen, was wir in den nächsten Jahren gemeinsam mit allen Beteiligten entwickeln müssen, damit die Gesundheitsversorgung im ganzen Landkreis stabil bleibt. Sowohl in der Landeskrankenhausplanung als auch bei der Unterstützung des Bundes.

Darüber hinaus empfehle ich allen, einmal folgende Begriffe in der Internetsuchmaschine ihrer Wahl einzugeben: Krankenhaus und Finanzierung. Bei mir ist der erste Eintrag die Seite des Bundesministeriums für Gesundheit:

„Man spricht von der dualen Finanzierung: Demnach sollen

- Investitionskosten, wie z.B. Neubauten oder neue Geräte durch die Bundesländer finanziert,
- Betriebskosten, also alle Kosten, die für die Behandlung von Patientinnen entstehen, von den Krankenkassen bezahlt werden.“

Daran seien alle erinnert, die aus dem gesetzlichen Sicherstellungsauftrag des Landes für den Landkreis ableiten, der Landkreis Marburg-Biedenkopf stehe hier allein oder in erster Linie in der Finanzierungsverantwortung.

Und ein weiterer Hinweis sei mir gegönnt: ein nicht vorhandenes Krankenhaus in Biedenkopf hätte auch Versorgungsauswirkungen auf den Ost- oder Südkreis, also zum Beispiel auch in Fronhausen oder in Neustadt. Deswegen ist das Engagement des Landkreises in Biedenkopf so wichtig und im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger des Landkreises.

Darüber hinaus handelt der Landkreis hier auch in dem Rahmen, den ihm die Hessische Kreis-Ordnung als grundsätzliche Aufgabenstellung vorgibt: Aufgaben wahrzunehmen, die über die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Kommunen hinausgehen und zu einem gerechten Ausgleich zwischen diesen beitragen.

Ich will das noch einmal klar formulieren: Nur weil das Krankenhaus in Biedenkopf steht, ist es nicht nur für Biedenkopf und das Hinterland wichtig.

Der zweite Punkt ist die Art, mit der in der Öffentlichkeit und in der Halböffentlichkeit über das Krankenhaus diskutiert wurde. Dabei geht es mir nicht um öffentliche Briefe und Positionierungen von Einzelnen und Gruppen. Auch wenn diese selten oder nie hilfreich, aber eben dennoch Teil der demokratischen Debatte, des öffentlichen Aushandlungsprozesses waren.

Ich möchte ihnen einmal ein Beispiel dafür geben, wie in der Öffentlichkeit versucht wird, komplexe Probleme populistisch zu nutzen: Bevor der Landkreis sich im Februar des vergangenen Jahres auf den Weg machte, das insolvente Krankenhaus in Biedenkopf finanziell zu unterstützen, wurde hier und da diskutiert, wie es denn sein könne, dass der Landkreis Millionen für Geflüchtete habe aber nichts für das Krankenhaus.

Das eine hat mit dem anderen absolut nichts zu tun. Das dürfte den meisten hier auch klar sein. Und wer solche Bezüge herstellt, der will auch nicht wirklich ernsthaft diskutieren oder zur Lösung beitragen. Der will nur Unmut schüren, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstören und schwierige Entscheidungen bei komplexen Problemen verächtlich machen.

Er will die Mechanismen unserer Demokratie, das Aushandeln von Kompromissen und fairen Lösungen, in Frage stellen.

Dagegen müssen wir uns täglich positionieren, aber eben nicht nur die so genannten politischen Akteurinnen und Akteure, sondern alle Teile unserer Gesellschaft.

Ganz im Sinne Hannah Arendts, die formulierte: „Politik ist die Art und Weise, wie wir zusammenleben, und das betrifft jeden Bereich unseres Lebens.“

Und diese Gestaltung des Zusammenlebens, die Rahmenbedingungen auf der kommunalen Ebene, sind zurzeit geprägt von großen Herausforderungen. Auch ohne die anstehende Neuwahl auf Bundesebene ist – glaube ich – allen klar geworden, dass im Zuge der Zeitenwende, des Ukraine-Kriegs aber auch nach den notwendigen Maßnahmen während der Corona-Krise die gesamtstaatliche Finanzsituation eine Herausforderung geworden ist.

Und das schlägt natürlich auf die kommunale Ebene durch. Im Herbst des vergangenen Jahres mussten wir die Haushaltseinbringung verschieben, da wir die Prognosedaten des Landes, die die Grundlage für unsere eigenen Haushaltsberechnungen und -planungen sind, nicht erhielten. Die Einbringung des Haushaltes wird somit erst am 7. Februar 2025 erfolgen, die Beschlussfassung ist für den 21. März vorgesehen. Absehbar war bereits im Spätsommer 2024, dass wir vor großen finanziellen Herausforderungen stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich werde Kreistag und Kreisausschuss eine Erhöhung der Hebesätze für Kreis- und Schulumlage um jeweils 1,55 %, in Summe also 3,1 %, vorschlagen.

Ein Schritt, der gut abgewogen wurde, weil er zu spürbaren Mehrbelastungen für unsere Städte und Gemeinden führt. Er ist aber unausweichlich, da die finanziellen Belastungen in den wesentlichen Aufgabenbereichen des Landkreises, wie der Sozialen Sicherung und Jugendhilfe, der Flüchtlingsaufnahme, dem ÖPNV und der Schulträgerschaft, sich seit 2021 um 49,5 % erhöht haben. Die Deckungsmittel aber,

also die Gelder von Bund und Land zur Finanzierung dieser Aufgaben, im gleichen Zeitraum nur um 23,5 %, angewachsen sind. Die Ausgaben für diese den Landkreisen von Bund und Land übertragenen Aufgaben waren also mehr als doppelt so hoch als für die Erstattungen der beiden höheren staatlichen Ebenen.

Diese Entwicklung macht klar, dass alle Maßnahmen zur Konsolidierung unserer Finanzen, die wir in den vergangenen beiden Haushalten mit der Koalition aus SPD und CDU auf den Weg gebracht haben, richtig waren. Und dass wir für langfristige Effekte z. B. unseren gesamten Gebäudebestand unter finanziellen, klimatechnischen, aber auch funktionalen und qualitativen Gesichtspunkten betrachten müssen. Eine grundlegende Untersuchung zu diesem Thema werden wir im Februar beauftragen. Auch, um strukturelle Defizite unseres Haushalts nicht entstehen zu lassen.

Die Wiesbadener Erklärung des Hessischen Landkreistages vom 1.11.2024 zeigt klar auf, dass die schwierige finanzielle Lage kein genuines Problem unseres Landkreises ist. Wir haben es im letzten Jahr als einer von wenigen Landkreisen geschafft, keine Erhöhung der Umlagen vorzunehmen und haben auch insgesamt die in Summe niedrigste Kreis- und Schul-Umlage in Hessen gehabt.

Zugleich sind wir starker Partner der Kommunen, bei vielen Kooperationen, sei es bei Digitalisierung und Cybersicherheit, ÖPNV, Klimaschutz aber auch herausragend zum Beispiel bei der Bürgerbeteiligung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Kommunen, die Landkreise, sind die Ebenen, auf denen die Menschen in ihrem Alltag das Funktionieren von Staat und Demokratie direkt erfahren. Keine staatliche Ebene ist so nah bei den Menschen. Damit wir und die Kommunen die Dienstleistungen, auf die die Menschen einen Anspruch haben, in sehr guter Qualität erbringen können, brauchen wir das dafür notwendige Geld. Ich erwarte von der Hessischen Landesregierung das zentrale Instrument unserer Finanzierung, den Kommunalen Finanzausgleich, grundsätzlich zu reformieren und deutlich besser finanziell auszustatten.

Die Landkreise benötigen eine aufgabenadäquate und vollumfängliche kostendeckende Finanzausstattung. Zudem brauchen wir Raum für die Gestaltung von Aufgaben im Zuge der verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung. Diese Forderung gilt übrigens für die gesamte kommunale Familie, denn die schwarze Null sowohl auf Landes- und Bundesebene hat auf der kommunalen Ebene dann die Auswirkung, dass die entsprechenden Schulden auf dieser Ebene entstehen.

Das kann nicht das Ergebnis bzw. Ziel gesamtstaatlichen Handelns sein.

Vielmehr noch beschädigt es die Demokratie in ihrem Kern, denn vor Ort in den Kommunen und Landkreisen nehmen die Bürgerinnen und Bürger die unmittelbare Auswirkung der Unterfinanzierung der Kreise und Kommunen unmittelbar wahr. Und deshalb noch einmal: wenn hier Infrastruktur und Leistungen nicht mehr funktionieren, dann besteht immer die Gefahr, dass denjenigen geglaubt wird, die einfache Lösungen präsentieren.

Und jetzt sind ja auch einige von Ihnen heute hier, die in Verbänden und Vereinen tätig sind, die wichtige Leistungen im sozialen Bereich leisten. Die Unterstützung wird hier an vielen Stellen auf der Ebene der Städte und Gemeinden im Bereich der Freiwilligen Leistungen erbracht. Oft in jährlichem Rhythmus, oft um zu versuchen Lücken zu schließen, die an anderer Stelle verursacht werden.

Jetzt ist das perfide ja, dass die Freiwilligen Leistungen auf der einen Seite freiwillig sind, aber an vielen Stellen helfen soziale Fragestellungen so früh aufzugreifen, dass sie eben nicht im Bereich der Kosten an staatlicher Stelle mit größeren Folgewirkungen auftreten. Der Einsatz in diesen Organisationen ist glaube ich allen im Raum bewusst.

Und Freiwillige Leistungen nicht mehr leisten zu können als Stadt, Gemeinde aber eben auch als Landkreis widerspricht dem Recht der kommunalen Selbstverwaltung. Denn es besteht für die kommunale Ebene ein Recht auf eine Mindestausstattung, die freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheiten erlaubt. Und ich denke als Parlamentarier möchte man im Ehrenamt auch mal über solche Dinge beschließen können. Und gerade in Richtung der Kommunalwahl 2026 finde ich es auch wichtig darauf hinzuweisen, dass Städte, Gemeinden und Landkreise eben dieser Ausstattung bedürfen.

Wir werden auf jeden Fall mit dem kommenden Haushalt keine großen Sprünge machen können. Der Landkreis wird verantwortlich damit umgehen, der aktuelle Haushaltsentwurf wird das deutlich zeigen. Auch wenn die im letzten Jahr einem Moratorium unterworfenen Ausgaben, wie Ehrenamtszuschale und Wohnungsbauförderung, erst einmal weiterhin ausgesetzt bleiben müssen. Wichtig ist dennoch: trotz aller Kürzungen bleiben alle Dienstleistungen des Landkreises in sehr guter Qualität erhalten. Trotz der erfolgten Einschränkungen und Einschnitte ist der Landkreis weiterhin verlässlicher Partner der Bürgerinnen und Bürger, wie auch der Kommunen im Landkreis.

Neue Projekte und auch Stellenmehrungen, wenn sie nicht aus neuen pflichtigen Aufgaben folgen, werden nur hinzukommen, wenn sie vollständig finanziell gefördert sind. Das ist aber ein Pfad, den wir bereits mit den beiden vergangenen Haushalten beschreiten mussten.

Klar ist aber auch: Wir werden nicht alle Personalanforderungen in Frage stellen können und wollen, weil wir eben ständig neue Aufgaben übertragen bekommen. Der Ausbau der Grundschulbetreuung bedeutet eben auch neue Stellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Personalbestand der Kreisverwaltung ist ja immer wieder Thema auch öffentlicher Diskussion. Am konkreten Beispiel möchte ich das einmal aufgreifen.

Natürlich ist es sinnvoll für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen die entsprechenden Grundlagen zu schaffen. Als Vater zweier Kinder und Mann einer berufstätigen Frau finde ich das auch nicht nur theoretisch gut.

Aber der ab 1. August 2026 stufenweise eintretende Rechtsanspruch für Ganztagsbetreuung wird eine personelle aber eben auch eine finanzielle

Herausforderung. Aber ich bin mir sicher, dass der zuständige Erste Beigeordnete Peter Neidel und sein Team auch diese Herausforderung stemmen werden.

Wo man aber merkt, dass es sich lohnt, auch unter finanziell angespannten Bedingungen mutig voran zu gehen – wie es meine Vorgänger*innen Robert Fischbach und Kirsten Fründt getan haben -, ist der Weg, den der Landkreis im Breitbandausbau gegangen ist und geht. Es ist mir eine Freude, dass wir den Fördermittelbescheid für den Vollausbau vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr erhalten und den Startschuss für eine flächendeckende Gigabitversorgung in Marburg-Biedenkopf geben können. Gemeinsam mit dem Kölner Unternehmen Glasfaser Plus werden wir dies bis Ende 2028 sicherstellen.

Das ist ein wichtiger Baustein für die Region und auch für den Wirtschaftsstandort Marburg-Biedenkopf, mit dem sich ja unsere Wirtschaftsförderung in den ersten Monaten in ihrer neuen Struktur intensiv beschäftigt hat.

Das Team um unseren Geschäftsführer Tobias Kurka hat in den zurückliegenden Monaten bereits einiges aufgebaut und war mit hoher Frequenz im Landkreis bei Unternehmen unterwegs. Sie sehen hier einige Bilder, die bei Unternehmensbesuchen im Rahmen unseres Kreisjubiläums entstanden sind.

Es ist sicher klug, diejenigen, für die die Wirtschaftsförderung arbeitet, nämlich die Unternehmen im Landkreis, nach ihren konkreten Bedarfen und weit darüber hinaus zu befragen. Für die Zukunft wichtig werden daher die Ergebnisse einer groß angelegten Unternehmensbefragung sein, bei der rund 1.000 Unternehmen im Landkreis Marburg-Biedenkopf durch die Wirtschaftsförderung kontaktiert wurden. Der Rücklauf war überdurchschnittlich gut, und eine erste Durchsicht hat ergeben, dass die von den Unternehmerinnen und Unternehmern formulierten Bedarfe ziemlich nah bei den Aufgaben sind, die der Kreistag als Arbeitsschwerpunkte der Wirtschaftsförderung Marburg-Biedenkopf GmbH formuliert hatte.

Ich hatte die Chance, schon einmal auf einen Teil der Ergebnisse der Unternehmensbefragung zu schauen, die ich doch sehr interessant fand. Und

bemerkenswert fand ich, was die Mehrheit der Unternehmerinnen und Unternehmer auf die Frage, mit welchen konkreten Überlegungen in Bezug auf ihr Unternehmen sie sich beschäftigen, antworteten: Nicht mit der Verlagerung von oder dem Schließen von Produktionsstandorten, nicht mit dem Abbau von Personal. Sondern mit der Neueinstellung von Mitarbeitenden, mit der Modernisierung des Standorts oder mit der Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen.

Deutlich wird an dieser Stelle, dass die reale Lage wie so oft deutlich besser ist als allgemein über die Wirtschaft diskutiert wird. Und all die Schwarzmalerei in der Politik hätten bei den Unternehmer*innen bei uns vor Ort wohl wenig Zustimmung.

Das Team der Wirtschaftsförderung wird die Bearbeitung der von den Befragten genannten Aufgaben – Fach- und Arbeitskräfte, Vernetzung und Sichtbarkeit sowie Fördermittel – gemeinsam mit den Gesellschaftern, aber auch dem Beirat der Wirtschaftsförderung, der aus zehn Unternehmer*innen-Persönlichkeiten aus dem Landkreis besteht, angehen.

An dieser Stelle danke ich auch nochmal den Beteiligten im Beirat, dass sie sich über ihre eigentlichen und sicher herausfordernden Führungstätigkeiten an dieser Stelle wertvoll für den Landkreis als Wirtschafts- aber eben auch Arbeitsregion einbringen.

Wichtig für die Region als attraktiver Lebensraum sind aber auch die Fragen des Klimaschutzes, die etwas aus dem Blick zu geraten scheinen. Dieser steht für mich weiterhin ganz oben auf der Agenda. Eben weil wir eine Verantwortung für unsere Zukunft sowie die unserer Kinder und Enkel haben. Und weil Komplexität nicht dazu führen darf, dass wir uns vor wichtigen Zukunftsthemen drücken oder diese Herausforderungen in Abrede stellen.

Ich will es mal vorsichtig formulieren: Sicherlich war die Kommunikation und Diskussion zum Heizungsgesetz nicht gut. Aber im Ergebnis ist es notwendig sich mit Blick auf den Klimawandel den komplexen Fragen einer enkeltauglichen Politik zu stellen. Wir als Landkreis wollen dies unterstützen. Und mit der Erstellung eines Klimaanpassungskonzeptes gemeinsam mit den 14 teilnehmenden Kommunen

werden wir uns mit den Folgen des Klimawandels kommunenscharf und mit lokalem Bezug beschäftigen und auch für uns als Kreisverwaltung ein Anpassungskonzept erarbeiten.

Wir müssen als Gesellschaft gemeinsam auf allen Ebenen an der Umsetzung von Klimaschutz und an der Anpassung an den Klimawandel arbeiten. Eine Rückkehr zu alten Technologien aus dem Industriezeitalter wird nicht hilfreich sein. Und ehrlich gesagt, wir haben als Land mit großen Ingenieursleistungen eigentlich die Aufgabe, in Zukunftstechnologien führend mitzuspielen und eben nicht die Aufgabe, zu versuchen, mit Mitteln der Vergangenheit die Zukunft zu gestalten.

Liebe Gäste,

Klimaschutz geht nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Und wir haben im Landkreis viele herausragende Akteure, die sich mit Klimawandel und dem Umgang damit beschäftigen. Herausragend sind dabei die Bioenergieinitiativen und die Bioenergiedörfer, die wir im Landkreis haben und wo wir auch gemeinsam mit allen Akteuren daran arbeiten, dass es noch mehr werden. Exemplarisch und beeindruckend ist sicherlich das aktuelle Beispiel aus Bracht. Aber an vielen anderen Stellen finden wir weitere Akteure, die es mit ehrenamtlicher Energie vorantreiben. Und dabei vom Team Klimaschutz aber auch durch Förderprogramme, z. B. gemeinsam mit der Sparkasse Marburg-Biedenkopf, unterstützt werden.

Eben dieses Ehrenamt liegt uns am Herzen. Ja, wir können aktuell keine Ehrenamtspauschale mehr auszahlen, aber die Mitarbeitenden unseres Fachdienstes Partizipation, Ehrenamt und Sport in der Stabsstelle Dezernatsbüro des Landrats arbeiten mit voller Energie an der Unterstützung des Ehrenamtes. Zurzeit an der Sportentwicklungsplanung, die Basis sein soll für die Förderung und die Weiterentwicklung des Sports im gesamten Landkreis. Und selbstverständlich passiert auch dieser Prozess mit breiter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Aktuell sind wir auf der Zielgeraden für die Umsetzung eines Bürgerrates zum Thema Ehrenamt. Spannend, weil wir damit die Lehren aus der Evaluation unserer bisherigen vielfältigen Aktivitäten aufgreifen, aber auch weil wird damit Neuland auf kommunaler Ebene, vor allem auf der Ebene eines Landkreises, betreten.

Liebe Gäste,

gerade weil wir in finanziell schwierigen Zeiten sind, bin ich dankbar, Landrat in einem Landkreis zu sein, der bereits mit der weisen Voraussicht meiner Vorgängerin und der Unterstützung der Koalition aus SPD und CDU die Bürgerbeteiligung auf eine stabile Grundlage gestellt hat. Bürgerbeteiligung ist kein Modephänomen, sie ist – und da möchte ich auf mein Eingangszitat hinweisen – unheimlich wichtig in einer komplexer werdenden Welt.

Damit kein falscher Gedanke aufkommt – leider wird die Direkte Demokratie auch gerne von den Feinden der Demokratie gegen unsere Form der demokratischen Zusammenarbeit genutzt – ich bin ein großer Fan unserer repräsentativen Demokratie. Aber wir kommen in einer komplexeren Welt nicht daran vorbei, Bürgerinnen und Bürger intensiver einzubinden. Die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist gelebte Praxis in Marburg-Biedenkopf, in einem herausragenden Maße, wie uns ja zuletzt bescheinigt wurde.

Liebe Gäste,

Zeitenwende bedeutet auch, dass wir uns wieder sehr intensiv mit den Themen Zivilschutz und Schutz unserer Infrastruktur beschäftigen müssen. Daher vor allem, aber nicht nur für die Bundestagswahlkämpferinnen: Katastrophen- und Zivilschutz steht bei uns auf professionellen Säulen, aber eben vor allem auf ehrenamtlichen professionellen Füßen. Hier brauchen wir moderne Prozesse und vor allem auch materielle Unterstützung.

Es hilft nichts, wenn wir uns als Verwaltung digitalisieren, aber im Zivil- und Katastrophenschutz doch am Ende wieder papierförmig arbeiten müssen, damit das „Unterschriftenoriginal“ vorliegt.

Ebenso sollte der Bund künftig etwas mehr Geld locker machen, damit zugesagte Fahrzeuge auch geliefert werden. Und auf Landesebene wäre es ein großer Fortschritt, wenn die Fahrzeuge, die der Kreis erhält, auch in der Unterbringung finanziell unterstützt würden. Und bei der zivilen Alarmplanung sollte man auch die Kommunen künftig mit ins Boot nehmen.

Unabhängig davon sind wir aber selbst immer an diesen Themen dran: Sei es mit dem Waldbrandkonzept gemeinsam mit den Kommunen im Landkreis, wo Gefahrenabwehr aber auch unser Ehrenamt hervorragend zusammengearbeitet haben. Ebenso mit dem Sonderschutzplan Stromausfall, mit dem wir unsere Krisen-Resilienz weiter stärken.

Lassen sie mich hier mit einem positiven Beispiel nach einem schrecklichen Ereignis zeigen, was auch möglich ist: Am Mittwoch, dem 16. Oktober 2024, brannte die gerade eingeweihte neue Fahrzeughalle der Freiwilligen Feuerwehr Stadtallendorf komplett nieder. Niemand kam zu Schaden, das war das Wichtigste.

Beeindruckend war in dieser Situation der Zusammenhalt der Blaulichtfamilie. In einem ersten Schritt konnten der Landkreis und die anderen Kommunen mit Fahrzeugen helfen. In der Folge gab es deutschlandweit Hilfsangebote und auch das Land Hessen stand der Kommune bei.

Hier möchte ich Herrn Staatssekretär Rösler auch nochmal auf diesem Wege danke für seinen Einsatz sagen.

Für die Kreisverwaltung kann ich sagen, dass Herausforderungen zunehmend zu unserem Alltagsgeschäft werden. Das war auch im letzten Jahr nicht anders. Daher möchte ich heute - nach dem herausfordernden Jahr 2024 - den heutigen Abend auch nutzen, um den Mitarbeitenden der Kreisverwaltung Marburg-Biedenkopf meinen ausdrücklichen Dank für das Geleistete auszusprechen.

Es ist herausragend, was unter den bereits im vergangenen Jahr bestehenden finanziellen Engpässen geleistet wurde. Auch weil bestimmte Themen, wie die Aufnahme von Geflüchteten, die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine aber auch neue hinzugekommene Themen, wie dem Krankenhausstandort in Biedenkopf, die Komplexität der Aufgaben weiter erhöht haben.

Auch das Gelingen des Kreisjubiläums verdanken wir ganz zentral den Mitarbeitenden. Man kann sich auf diese Verwaltung und ihre Führungskräfte verlassen. Vielen Dank dafür.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Demokratie weiterhin von Demokraten und Demokratinnen geprägt wird und Menschen findet, die gemeinsam als Kreisgesellschaft daran arbeiten, die komplexen Fragen unserer Gegenwart zu lösen.

Lassen sie uns gemeinsam den mühsamen Prozess des Bauens gestalten und nicht denen vertrauen, die nur dem einfachen Weg der Zerstörung folgen.

Wir dürfen unsere Gesellschaft nicht dem Populismus und den Feinden der Demokratie überlassen.

Wir müssen für die Errungenschaften unserer Demokratie kämpfen.

Und dazu gehört auch der Wille, Veränderung zuzulassen, sowie das Vertrauen, dass wir fähig und in der Lage sind, komplexe Probleme gemeinsam zu lösen.

Gemeinsam und solidarisch.

Liebe Gäste,

gleich werde ich mich bei Eberhard Flammer mit einer „Heimatbox“ dafür bedanken, dass wir heute hier sein durften. Die Heimatbox ist eine neue Präsentbox mit Produkten aus der Region, die wunderbar als Präsent geeignet ist. Im Eingangsbereich können Sie sich die Heimatbox einmal anschauen. Und danach dürfen Sie sie auch gerne selbst verschenken.

Darüber hinaus möchte ich vor allem auch dem Sponsor des heutigen Abends danken, der Sparkasse Marburg-Biedenkopf. Die übrigens im Jahr 2025 den Zusammenschluss mit der Sparkasse Battenberg vollziehen wird.

Ein Prozess, den ich als Verwaltungsratsvorsitzender auch mit persönlicher Freude begleitet habe, da er die Region, in der ich aufgewachsen bin, näher an mein aktuelles Arbeitsumfeld führt.

Danke an den Vorstand der Sparkasse Marburg-Biedenkopf für die vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht nur an dieser Stelle.

Danken möchte ich auch den Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung, besonders unseren Auszubildenden, die diesen gemeinsamen Abend mit dem Team des Veranstaltungsmanagements vorbereitet haben und für eine erfolgreiche Durchführung sorgen.

Für den musikalischen Einstieg in den Abend danke ich dem Eventduo Anita Podinovic und Marco Schumertl. Und für die weitere musikalische Begleitung des Neujahrsempfangs der Barrelhouse Jazzband.

Ich wünsche Ihnen nun noch gute Gespräche, einen schönen Abend und nun einen guten Appetit.

Danke für die Aufmerksamkeit.